



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.  
Action Committee Service for Peace - Comité d'Action Service pour la Paix

Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung  
der Kriegsdienstverweigerer

## Projekt Bundeswehr, Schule und Friedenserziehung

**Hier:  
Position der gemeinsamen Geschäftsstelle zur Präsenz der Bundeswehr  
an Schulen**

AGDF und EAK  
Endenicher Straße 41  
53115 Bonn  
Tel./Fax: 0228 24999-0/-20

agdf@friedensdienst.de  
office@eak-online.de

Bonn, den 20.04.2010

Im Vorfeld des neuen Projektes von AGDF und EAK ist unklar, wie es sich politisch zur Präsenz der Bundeswehr an Schulen positionieren soll:

- Aus friedenspolitischer Sicht ist es konsequent zu fordern, dass die Bundeswehr (wenn schon nicht aufgelöst, dann doch jedenfalls) aus dem öffentlichen Raum verschwinden soll. Dies betrifft neben Schulen auch Agenturen für Arbeit, öffentliche Gelöbnisse, „Werbeveranstaltungen“ u.a.

Gegen eine solche Position ist einzuwenden:

- Solange es die Bundeswehr gibt und der Bundestag ihren Einsatz beschließt, muss die Schule hierüber informieren. Im Rahmen der Pluralität der Meinungen steht es Schulen und Lehrer/innen frei, hierfür auch Vertreter/innen der Bundeswehr einzuladen. Zugleich sollte sichergestellt werden, dass (durch Lehrer/innen oder andere Externe) gleichberechtigt auch kritische Positionen zur aktuellen Außen- und Sicherheitspolitik thematisiert werden. Die Schüler/innen sollen angeregt und befähigt werden, sich selber eine Meinung zu bilden.
- Das „Meinungsvielfaltargument“ bedeutet zudem: Unser Begehren, als Externe unsere friedenspolitischen Inhalte in die Schule zu bringen, bedeutet im Umkehrschluss, dass wir dieses Recht auch der Bundeswehr einräumen müssen.

Unumstritten dürfte hingegen sein:

- Alles was die Bundeswehr aktuell an Aktivitäten durchführt, die über eine Information über ihre Arbeit

auf Einladung hinausgeht, (bspw. in der Lehreraus- und -fortbildung, Besuch von Schulkonferenzen etc.) lehnen wir ab. Es darf keinen privilegierten Zugang der Bundeswehr zu Schulen geben, wie dies faktisch in vielen Bundesländern heute der Fall ist und durch die Verträge in einigen Bundesländern fixiert wurde. Die Schulen müssen personell und von den Sachmitteln her in die Lage versetzt werden, eine umfassende Information und Meinungsbildung zu friedens- und sicherheitspolitischen Themen zu gewährleisten, ohne auf Ressourcen der Bundeswehr zurückzugreifen. Ressourcen der politischen Bildung dürfen nicht an die Bundeswehr fließen. Die Bundeswehr darf keine Rolle als Träger der politischen Bildung bekommen (wie es bspw. durch das Spiel POL&IS geschieht).

Konsequenz für die Position des Projektes:

Wir sollten primär positiv formulieren, warum Schulen verstärkt friedenspolitische Inhalte aufgreifen und hierfür entsprechende Ressourcen im Bildungssystem bereitgestellt werden sollten. Wir stellen hierfür Material und Multiplikator/innen zur Verfügung.

Zugleich sollten wir die privilegierte Position der Bundeswehr kritisieren. Wenn wir selber Verträge (der Kirchen) mit den Kultusministerien einfordern würden, könnten wir zugleich nur modifizierte Verträge mit der Bundeswehr fordern. Damit würden wir solche Verträge akzeptieren. Wir sollten daher die Auflösung der Verträge mit der Bundeswehr und die Möglichkeit fordern, dass Schulen und Lehrer/innen zu friedenspolitischen Themen (auch) Vertreter/innen von Kirchen und Friedensinitiativen als Ressourceperson einladen können.